

# **Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

**Republik. 1918-1930  
34 (1920)**

203 (31.8.1920)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-434319](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-434319)

34. Jahrgang

Die „Republik“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis der Vorauszahlung für einen Monat einschließlich Bringerlohn 5,50 Mark, bei Abholung von der Expedition 5,00 Mark, durch die Post bezogen einschließlich 14,10 Mark, monatlich 4,70 Mark auswärts. Bestellgeld.

Republik

Preis 25 Pf.

Bei den Inserenten wird die einseitige Kleinzettel oder deren Raum für die Inserenten in Kellereien, Wirtshäusern und Umgebungen, sowie der Plakate mit 1,00 Mark berechnet, bei Wiederholungen entsprechende Rabatte. Reklamationsfrist 4. - Mk. Postvorschriften unvollständig. Größere Inserate zweier Reihen

Norddeutsches Volksblatt - Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg und Ostfriesland

Hauptredaktion: Peterstraße 76, Fernsprecher Nr. 58

Rüstringen, Dienstag, 31. August 1920 \* Nr. 203

Redaktion: Peterstraße 76, Fernsprecher Nr. 1265

Die Folgen einer freien Fleischbewirtschaftung.

Uns wird geschrieben: Die Nachfrage, daß bemächtigt die Zwangsbeschaffung für Fleisch aufgehoben werden soll, hat im ganzen Reich lebhaftes Aufsehen erregt. In Baden hat man die freie Wirtschaft bereits eingeführt und die Befürworter, nun auch in Preußen das Recht der Zwangsbeschaffung in die Tat zu stellen, wuchs immer mehr an. Allerdings stehen sich nur die jüngsten Schichten der Bevölkerung für eine freie Wirtschaft ein, die damit ein Geschäft zu machen gedächten. Zum Teil betraf man sich dabei auf das Fortbild, das der freiesort Boden mit der Aufhebung sämtlicher Zwangsbeschaffungen gegeben hätte. Es ist nun sehr interessant, auf Stimmen aus dem deutschen Mutterland ein weiteres Einblitz in die geteilten Meinungen zu gewinnen. So finden wir in der strengen Zeitung folgenden Erguß eines Freihandelsfreundes, der aus einem südbadischen Heimat lokales schreibt: „Ich las kürzlich, daß im tönangebenden Lande Preußen die Quasibauern sich ihren Angehörigen mit der „Freiheitskarte“ immer noch die Zunge vergrößern lassen. Im freiesort Baden hat man mit solchen Zwangsmaßnahmen längst gebrochen. Der freie Handel blüht und die Fleischpreise sind heute unterhalb der in nicht mehr von denjenigen Anno 1914. Die Freude bei Will und Baum ist groß. Die Aufhebung der Fleisch-Zwangsbeschaffung feierten die Metzgereien von Südingen durch einen Umzug, der von einer Musikkapelle eröffnet wurde. In der Mitte des Zuges befanden sich sechs mit weißen amüßlichen Verordnungen aufgeschriebener Bogen und eine magere Schweifflur. Ich würde mich freuen, in Wäld von einer ähnlichen Kundgebung in strengen zu lesen.“

Es berührt ganz eigenartig, daß gleich nach der Aufhebung der Zwangsbeschaffung sechs mit weißen geschmückte Schlichter vor dem Lande stehen sind, während man vorher bauernd über den Viehmangel geklagt hat. Früher mußte der proffigere Landwirt unter dem Zwangsrecht sein Vieh füttern bezogen werden, um das Vieh zu erhalten. Diese Vieh ist nun nicht mehr notwendig. Jetzt sieht Wälder und Freizeidreier von „rechtswegen“ in voller Blüte, weil kein Vieh da ist, der dem Zeeben der Händler und Verkäufer einen Vieh vorführt. Die proffigere der vorläufige Viehannahme in Baden gewährt hat, geht aus Zeitungsausschnitten hervor, die schon Ende Juli in ganz Karlsruhe hatten zum ersten Male die Freiheit ihre Freiheit verankert. Das Hund Viehvieh ist alle allerbis 11. 11.

Das ist eine Tatsache, die nicht so leicht gewertet werden sollte. Wenn schon Ende Juli, also kurz nach der Freigabe des Handels, ein solch hoher Preis gefordert wurde, dann war unabweislich anzunehmen, daß die Preise weiterhin noch steigen und daß von interessierter Stelle kein Mittel unversucht gelassen würde, die künstliche Preisunterstützung für sich auszunutzen. Diese Annahme sollte denn nicht sein, denn jetzt ist die deutsche Fleischbeschaffung in der Lage, mitzutun, daß sich gerade in Baden der tolle Schweiberhandel breit macht. Es heißt dort: „Zeit einigen Wochen ist die Zwangsbeschaffung in Baden aufgehoben und Landbau und Landbau kann man Händler in den landwirtschaftlichen Kreisen herumgehen sehen, die den Bauern gerade heute solche Preise für ihr Vieh anbieten und geben. Dieses Vieh ist jetzt vertrieben und wird von den Rheinregionen aufgegeben, was zu denken gibt. Doch aber Vieh und nicht so. Vieh als Viehbestimmungsort gewählt wird, ist gerade verdrängt. Als die Freiheit der Zwangsbeschaffung frei und in der Weltgerien wieder Fleisch werden soll zu haben war, amete alles auf. Aber wie lange kann dieser Zustand anhalten, wenn ganze Gegenden mit Schwärzen nach dem Vieh verschoben werden. In absehbarer Zeit muß angedungen und geschien Zwangsbeschaffung wieder eingeführt werden, weil das bairische Land ausdauern ist mit Schwärzen...“

Oder droht eine Gefahr, die nicht unterschätzt werden sollte. Denn man die Zwangsbeschaffung in einem Augenblick auf, in dem die Nachfrage unendlich größer ist als das Angebot oder der Export, dann sind beratigen Kommissionen wie in Baden vor und zur Gefährde.

Darüber sind wir uns alle klar: Die Zwangsbeschaffung ist ein Übel und der „Zwang“ ist für viele Händler nur dazu da, daß er durchgehende Welt. Welt aber in Falle des Preiswunders der Strafreichter doch ein gewisses Wort mitzureden hat, organisiert man einfach den Generalstreik, um die gänzliche Beilegung des verhängnisvollen Viehbestimmenden Systems durchzuführen. Nicht einmal die Notwendigkeit einer planmäßigen Viehbeschaffung soll gelten, sondern die Maßnahme der Konventionen ohne irgendeine Einschränkung ist das Ziel.

Die Folge einer unbeschränkten „Welt“ müßte für Viehhändler, Händler und Viehhändler auf ohne weiteres dazu führen, daß eine große Unruhe in die Bevölkerung getragen wird. Bekanntlich hatte die Deutsche Volkspartei vornehmlich die Aufhebung der Zwangsbeschaffung zu ihrer Wählerparole gemacht und dabei versichert, daß unter dem freiesort ein Sinken der Preise eintreten würde. Wie sehr man sich in dieser Annahme geirrt hat, muß die Deutsche Allgemeine Zeitung jetzt ihren der Volkspartei absehenden Lesern mitteilen. Man findet dort folgendes Beispiel:

„Zeit einigen Wochen war im Preise Viehhäufen (Ostpreußen) verhältnismäßig die Zwangsbeschaffung für Vieh aufgehoben worden. Statt eines Sinkens der Preise machte sich eine geradezu unangenehme Steigerung bemerkbar. Es gab zwar ab und zu einzelne gute Preise, aber die Preise gingen schließlich bei Schwärzen bis zu 10 Mark das Stück. Vergessen man die Freieinnahme ihrer Viehhändler, vergebens machte die Freieinnahme ihren Viehhändlern Vorkathungen. Rumme hat der Landrat sämtliche Viehhändler zwangsweise geschlossen, und zwar zunächst bis zum 4. Oktober. Es ist die verdrängte Zwangsbeschaffung wieder eingeführt und das Viehbestimmende gegen sämtliche Viehhändler wieder wüßerlicher Ausübung des Viehhändlers eingeleitet worden.“

Die Krise in der U. S. D.

In der unabhängigen Presse wird die Diskussion über diese Lebensfrage der Unabhängigen fortgesetzt. Größten schreibt weiter in der Freiheit: „Wir wollen die Massen zur Selbstständigkeit erziehen. Die Führer dürfen nur beratende und ausführende Organe sein. Was aber zu geschehen hat und wie es geschehen muß, darüber entscheidet die gefasste Masse. Die Kommunisten“ betreiben heute, geben nun die Worte aus: „Freiheit aller Länder, spaltet euch!“ Und nach dem neuesten Beschlüssen der kommunistischen Internationale sollen die „Russen“ unumschränkte Gewalt ausüben. Im Ausland werden alle 3 bis 4 Monate 5 Parteigenossen beauftragt, die Mitgliederlisten durchzuführen und alle die zu freieren, die man freieren zu müssen glaubt. Diese Freigangsbüro sind eine Freigangsbüro, nicht an den Hauptbüros, sondern an das Hauptbüro Freigangsbüro, das sich nicht als willenslose Waue brauchen lassen will.“

Größten schreibt dann davon, wie erwidert es sein müßte, wenn begrenzte und erhabene Kämpfer von ihren Schülern hinausgeschmissen würden, von Schülern, die erst nach bewiesenen müßten, daß sie echte Klassenkämpfer seien. Er schließt mit dem Ruf: „es muß genug sein an lassen der Führer zu lassen.“ Die Freiheit der Partei haben alle für alle Länder unter der unumschränkten Gewalt der Moskauer Zentrale. Größten erklärt, daß sich in Moskau Däumig und Stöder an der Seite der Russen gegen ihn und Dittmann gewendet hätten. In der Sonntagsgabe der Freiheit sekundiert Dittmann Größten gegen einen Artikel Däumig, der sich für Moskau ausgesprochen hat. Größten schreibt am Schluß eines längeren Artikels:

„In Weimarer ist die von Moskau gewünschte bürokratische Organisationsform, die die Masse der Mitglieder dem Willen der Leitung bedingungslos unterwirft, eine blanke Unmöglichkeit! Das lassen sich einfach sozialistisch geführte Arbeitermassen nicht gefallen; in freier Zeit wäre eine solche Organisation, sei es durch die Revolution, oder durch die Teilnahme der Mitglieder vernichtet. Die Weimarer dieser russischen Formen wäre einfach eine Zelle. Die Bestimmungen über die Organisationsform sind mehr die Moskauer Zwangsorgane an zu haben.“

Wie die Leipziger Volkszeitung hat sich auch die U. S. D. in Baden gegen den Befehl unter diesen Bedingungen ausgesprochen. Dagegen erklärt sich das Volkswort in Halle für Annahme des Moskauer Diktats. Die Leipziger Volkszeitung nennt den stühmenden Artikel ihrer halleschen Schwester ein „Gesammeltes der Freigangsbüro“.

Nach einer Meldung des Pariser Korrespondenten der Badener Nationalzeitung haben sich von den 65 Sozialisten der französischen Kommune 50 gegen den Fall des Moskauer als Regierungsdiktats ausgesprochen und sich der neu gebildeten Gruppe der „nationalsozialistischen Sozialisten“ angeschlossen. Die übrigen 15 Sozialisten werden sich als Kommunisten bezeichnen und eine eigene Partei bilden.

Ungebetener Besuch.

Wie aus Paris gemeldet wird, wird der Ministerpräsident Millerand im September das besetzte Gebiet besuchen. Insbesondere wird er den Städten Köln, Bonn, Mainz, Koblenz und Worms einen mehrstündigen Besuch abstopfen.

Zur Lage in Oberschlesien.

Im Berliner Postboten fanden gestern große Protestschreiben der 5000 in Berlin lebenden Oberschlesier gegen die politischen Aufstellungen in Oberschlesien fast. In sieben Stellen trafen Arbeiter oder politische Parteien. Es wurde eine Resolution angenommen im Sinne der Deutschen Volkspartei. — Die Demonstrationen verliefen ruhig und imponiert. — Aus Breslau wird gemeldet: Infolge der Preissteigerung stellte das französische Konsulat keine Besuche ein. Rumme müßten die deutschen Viehhändler, die sich in das Vieh zu verkaufen bestreben, werden, wegen des Preiswunders sich an das französische Konsulat in Berlin oder an ein anderes französisches Konsulat wenden. Französische Konsulatsbehörden befinden sich in Berlin auch in Bremen, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Gumburg, Karlsruhe und Mainz. — Nach einer heutigen Meldung aus Straßburg machten die Parteien und die Gewerkschaften bei Eintritt der Ruhe sich jeder Gewalttat gegen die Polen und Wiederherstellung der Ruhe zu enthalten. General Brand hat angeordnet, daß jeder, der die Gesetze übertreten hat, die volle Schwere des Gesetzes treffen wird.

Die Folgen.

Wie die Deutsche Allg. Zeitung von authentischer Seite aus Rastow berichtet, hat die Interalliierte Kommission die Anordnung getroffen, daß die Redaktionen an das Reich, mit

Es ist ganz selbstverständlich, daß sich nach den ausgeführten Vorkehrungen, bei denen es sich nur um länderliche Gebietsteile handelt, die diebedrohten Städte und Ortschaften ganz energig gegen die Aufhebung der Zwangsbeschaffung werden. Welche Folgen die Aufhebung der Zwangsbeschaffung nach sich zieht, haben die Vertreter der Großdeutschen Bewegung und der Freie Zeitung und Widerstand in einer Denkschrift niedergelegt, die bei der Redaktionsübergabe haben. Es wird dort frank und frei erklärt, daß die Gemeinden

Ausnahme der polnischen Staatsbahn, nicht mehr erfolgen dürfen.

Generalfreie in Stuttgart.

Nachträglich ist in Stuttgart doch der Generalfreie beschlossen worden. Ebenso in einigen württembergischen Städten wie Heilbronn, Ravensburg, Tübingen, wo gleich Stuttgart am Sonntag in den Streik ebegetreten wurde. Nach einer heutigen Meldung ist bis Sonntag abend alles ruhig und ohne Zwischenfälle verlaufen. Das Wasser ist nirgends abgeperrt. Am Sonntag abend war Stuttgart ohne Licht.

Eine zeitgemäße Mahnung.

Die vier, der Arbeitsgemeinschaft angeschlossenen Bergarbeiterverbände, einseil. der polnischen Berufsvereinigungen, erlassen einen Aufruf an die Arbeiter, in der die die schweren wird, der rationalistischen Bewegung zwischen den polnischen und deutschen Arbeitern energig entgegenzutreten. Wenn die Arbeiter sich dieser Forderung nicht entgegenstellen, so werde es zu weiteren künftigen Zusammenkünften kommen, wie sie in Oberschlesien früher innerhalb der Arbeiterkraft vorgekommen seien. Der Aufruf fordert die Arbeiter auf, gegen den Beschlüssen der Internationalen Bergarbeiterkongress in Genf, für die Differenzverabredung einzutreten.

Nach der Ernährungskonferenz.

Nach der Londoner Konferenz, auf der Dr. G. v. M. mehr Entgegenkommen gegenüber Deutschland forderte, befanden die Freigangsbüro, wird ein längerer Bericht ausgeschrieben, in dem es u. a. heißt: Die deutsch-englische Ernährungskonferenz war sehr erfolgreich und hat den Willen zu näherem Zusammenarbeiten getragen und verdient als erster Schritt eines persönlichen Genußauswechslens zwischen den Ernährungsministern Englands und Deutschlands Beachtung, zumal die anderen Mächte Kenntnis von den Verhandlungen nahmen. De auf der Londoner Konferenz, behandelten Fragen werden vornehmlich Gegenstand weiterer Beratungen sein.

Der Krieg.

Nach einer Londoner Meldung eroberten die polnischen Heere jetzt den größten Teil von dem ethnographischen Polen. Im Norden harret nun ziemlich kleines Gebiet südlich von Litauen seiner Befreiung. Von West-Litauen bis zur galizischen Grenze sollte die polnische Front ausfallen mit der Garzonen Linie zusammen. In Galizien aber halten die Polen ein ziemlich großes Gebiet außerhalb dieser Linie einschließlich des Gebietes von Lublitz, welches der Oberste Rat ausgeben aufsteht, besetzt. — Rueter erzählt aus Warschau: Die Polen eroberten im ganzen zwei Drittel der Walliser des Sametberges.

Nach Sopotenlagen wird gemeldet: Die Bolschewiken haben bei Warschau einen großen Sieg errungen. Die Polen, die in der Absicht vorrückten, eine russische Armee von 30 000 Mann abzufahren, wurden von drei russischen Divisionen mit großer Energie angegriffen. Die Bolschewiken bei Warschau übertrafen die Polen daran, daß die Russen einen vollständigen Sieg davon trugen.

Nach einer ähnlichen Meldung aus der Stadt des Polen an, nicht aber Polen Grenzen einmengen und bei den Friedensverhandlungen mehr vorzubringen Welt zu zeigen. — Die heute aus Warschau gemeldet wird, sollen die Russen bereit sein, in Warschau über den Frieden zu verhandeln, vorher aber müßte erst in Wien der Waffenstillstand abgeschlossen werden.

Dor dem Ernstwerden.

In England hat sich bei der Abstimmung der Bergarbeiter eine erdrückende Mehrheit für den Streik gezeigt. Die Möglichkeit, daß es zu einem Bergarbeiterstreik infolge der höheren Haltung Englands in der Polenfrage kommt, ist sehr groß. Wie wird und durch den Wollischen Telegrammen folgende Meldung aus England übermittelt: Der Volksrat des sozialistischen Bundes hat eine Entschließung gegen einen Waffen- oder Generalstreik angenommen. Ein solcher müßte Bürgerkrieg und namenloses Elend in die Bevölkerung bringen. —

Der irische Brandherd.

Nach heutigen Meldungen haben gestern die Staatskräfte eine Patrone in Belfast angegriffen. Es gab eine Anzahl Verletzte. Eine Reihe Brandstiftungen gegen englische Regierungsgelände sind weiter zu verzeichnen. — In New York weiteten sich zum Schluß der Synagoge für Irland die amerikanischen, französischen und belgischen Wälder, emalliche Schiffe zu bedrohen. Es verlangen, daß der verhaftete irische Bürgermeister von Carl freigesetzt, und die Tätigkeit des Wälders Mannig nicht behindert wird.

bei Aufhebung der Zwangsbeschaffung nicht in der Lage wären, die überige Viehbeschaffung der Großdeutschen Bevölkerung auch nur annähernd aufrecht zu erhalten. Die Großdeutschen können jede Verantwortung ab und erklären, daß die Folgen unabweisbar wären.

Der mit ungenügender Verantwortung ausgestattet ist, nicht mit größter Sorgfalt, wie sich die Viehbeschaffung auf ein Experiment verweist, daß die schärfsten Befürworter haben. Man soll der Regierung immer wieder die unabweislichen Folgen vor





